
POLITIK UND GEWALT IN ÖSTERREICH

Rezension von: Gerhard Botz,
Krisenzonen einer Demokratie.
Gewalt, Streik und

Konfliktunterdrückung in Österreich
seit 1918. Ludwig-Boltzmann-Institut
für Historische Sozialwissenschaft,
Campus-Verlag, Frankfurt/Main 1987,
389 Seiten, DM 68,-.

Der angesehene Salzburger Historiker Gerhard Botz hat sich in den letzten Jahren in der Causa Waldheim so weitgehend engagiert, daß er vom ÖVP-Pressedienst als „sattsam bekannter Anti-Waldheim-Agitator und Singer-Konfident“ beschimpft wurde und sich genötigt sah, dagegen gerichtliche Schritte anzukündigen (AZ vom 6. Juni 1987). Betrachtet man seine bei Campus erschienene Aufsatzsammlung zum Thema „Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich“, dominiert allerdings nicht das Bild eines im politischen Tagesgeschehen heftig und einseitig mitagierenden „linken Zeitgeschichtlers“, sondern jenes des gewissenhaft, ja übervorsichtig argumentierenden bürgerlichen Gelehrten.

Die Aufsätze im vorliegenden Band sind folgenden Themen gewidmet: Zunächst gelten drei Beiträge dem Konfliktpotential der Ersten Republik, das im Justizpalastbrand gipfelte, dann widmen sich zwei Aufsätze der Problematik des 4. März 1933, drei Beiträge gelten dem Umfeld des 12. Februar 1934, zwei dem „Anschluß“, und die letzten drei Aufsätze widmen sich dem Vergleich der Konfliktpotentiale der Ersten und der Zweiten Republik. Diese von mehrfachen Überschneidungen gekennzeich-

neten und daher gelegentlich redundanten Arbeiten vertreten Thesen, die den Autor im politischen Spektrum auch der Historikerkunft durchaus der „extremen Mitte“ zuordnen lassen.

So betont er in seinem ersten Beitrag über politische Gewaltanwendung in der Ersten Republik, daß die „Gewalttaten vom Typus der Versammlungssprengungen und des gemeinsamen Überfalls auf politische Gegner“ „zunächst überwiegend auf das Konto sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter“ gingen (S. 19), allerdings als Reaktion auf „antimarxistische“ Provokationen bürgerlicher Gegner nach dem Ende der kurzen basisrevolutionären Mobilisierung von 1918 bis 1919.

Diese Form der Versammlungssprengung wurde dann zur typischen Gewaltaustragungsform vor der Bürgerkriegszeit von 1934, allerdings geriet die Linke gegenüber den erstarkenden rechten Kräften immer mehr in die Defensive. In diesem Zusammenhang zitiert Botz hier (S. 32) und später (S. 185) zustimmend die Kritik Theodor Körners an der Entwicklung des 1923 gegründeten Republikanischen Schutzbundes zum notwendig unterlegenen „Gegen-Heer“, das die spontane Mobilisierungskraft der Arbeitermassen schwäche. Demgegenüber konzidiert Botz dem bürgerlich-konservativen Lager, „lange Zeit keine eigenständige Gewaltstrategie entwickelt zu haben“, sondern „streng legalistisch“ dem Staatsapparat vertraut zu haben – allerdings im politischen „Kleinkrieg“ ebenfalls außerlegal und gewaltsam operierende Hilfstuppen, nämlich die frühen Heimwehren eingesetzt zu haben. Diese ab 1927 weitgehend verselbständigten und faschistisierten Heimwehren entwickelten in der Folge ihre Strategie der provokatorischen Massenaufmärsche in den Arbeiterhochburgen, die natürlich oft mit Gegenaufmärschen beantwortet wurden, was die extreme Gefahr blutiger Zwischenfälle heraufbeschwor. Botz konstatiert hier: „Ins-

besondere im obersteirischen und niederösterreichischen Industriegebiet entwickelte sich Ende der zwanziger Jahre die beinahe sonntägliche Automatik von Aufmarsch-Gegenaufmarsch-Zusammenstoß“ (S. 35). Eine schon im Ansatz wesentlich brutalere Strategie verfolgten von Anfang an die Nazis, etwa die zum Teil als „Faschingsscherz“ getarnte Mordkampagne des Turnlehrers Helling gegen Ignaz Seipel, einige sozialdemokratische Politiker und den Schriftsteller Hugo Bettauer ab 1924. Etwas abstrakt wirken die mehrfach von Botz geäußerten Vermutungen über den Zusammenhang des hohen Gewaltpegels der Ersten Republik und dem „beschleunigten Modernisierungsprozeß“ ab der Jahrhundertwende (hier war wohl eher der Schock des verlorenen Krieges maßgeblich – wirtschaftlich kann erst ab 1938 von einem echten Modernisierungsschub durch die NS-Rüstungsinvestitionen gesprochen werden).

Botz versucht in diesem Aufsatz auch ein quantitatives Modell aufzustellen, das die Faktoren Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und vorgefallene Gewalt des Vorjahres sowie Exekutiveinsatz in eine lineare „klimetrische“ Gleichung bringt und so 82 Prozent der gesamten Schwankung der Gewaltopferzahlen eines bestimmten Jahres „erklärt“. Gegenüber der kausalen Interpretation solcher Analysen gilt wohl heute jene Skepsis, die auch gegenüber den ökonometrischen Modellen spürbar wird, seit sie den großen Umschwung von 1974 bis 1975 nicht prognostizieren haben können ...

In einem kurzen Aufsatz über die Handlungsspielräume der Sozialdemokratie während der österreichischen Revolution konstatiert Botz, diese habe einige Fehler vermieden, die der SPD in Deutschland angelastet würden, ohne aber deshalb eine grundsätzlich andere Entwicklung gestalten zu können.

Ein längerer, wieder stärker quanti-

tativ bestimmter Aufsatz bezieht sich auf die Juli-Demonstranten und die Ursachen des Justizpalastbrandes. Ausgehend von einer relativ schmalen Datenbasis, den 74 Getöteten, 62 Verletzten und 136 Angeklagten im Zusammenhang mit dem 15. Juli 1927, stellt Botz über die soziale Zusammensetzung der Hunderttausende Menschen umfassenden Massendemonstration Vermutungen an – nicht ohne freilich darauf hinzuweisen, daß das verfügbare Quellenmaterial nicht den Kriterien einer strengen Stichprobenuntersuchung entspricht. Botz hebt die eskalierende Wirkung der berittenen Polizeiattacke zu Anfang des Demonstrationstages hervor, aber auch das unglückliche Taktieren der Sozialdemokratie, deren zuletzt unbefristet ausgerufenen Verkehrsstreik in den westlichen Bundesländern bald zusammenbrach und so das Debakel der Justizpalastunruhen vollständig machte.

Eine Literaturübersicht über die Ausschaltung des Nationalrates vom 4. März 1933 bzw. dessen angebliche „Selbstausschaltung“ läßt Botz einen strukturell ausgerichteten Beitrag zum selben Thema folgen, der allerdings allzu große Parallelen enthält. Aufsatzsammlungen haben ihre Berechtigung ja vor allem aus der Vielfalt der gesammelten Beiträge. Auch wenn spezialisierte Historiker gern und oft zu ähnlichen Themen Vorträge halten und sich das in der Publikationsliste gut ausmacht, ist es doch eher enervierend, im selben Buch zweimal hintereinander Peter Huebners ohne Zweifel hervorragende Dissertation über den Sektionschef Hecht referiert zu sehen. Interessant übrigens, daß Botz im Zusammenhang mit der Debatte um das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz und das Vorbild der Brüningsschen Notverordnungen nicht auf den Verfassungskompromiß von 1929 zurückgreift, in dem die Sozialdemokratie ein präsidentiales Notverordnungsrecht gerade noch unwirksam machen konnte.

In der Wertung der Entwicklung vom 4. März 1933 zum 12. Februar 1934 zitiert Botz mehrfach zustimmend Otto Bauers Selbstkritik in der Broschüre zum „Aufstand der österreichischen Arbeiter“ – eines seiner „Leitmotive“ sozusagen (S. 135, 159) – und läßt auch die Sinnhaftigkeit einer Koalitionspolitik 1931 anklingen. Er befindet sich hier durchaus auf einer Leser-nahen Linie. Im übrigen bemüht er sich um die Entmythologisierung der Februarkämpfe, auch in Hinblick auf die keineswegs sehr heroische Rolle des Linzer Schutzbundführers Bernaschek, der den Aufstand ins Rollen brachte und sich dann widerstandslos – aber mit der Pistole in der Hand – verhaften ließ.

Bei der Betrachtung des Dollfuß- und Schuschniggregimes läßt Botz sich nicht von jener Gleichsetzung dieser Regierungsform mit der des Nationalsozialismus und italienischen Faschismus leiten, wie sie im Gefolge des Nachwirkens der Februarkämpfe und aufgrund eines weitgefaßten Faschismusbegriffs bei „linken“ Historikern üblich ist. Botz zieht hier die angemessenere Parallele mit dem Portugal Salazars und dem Griechenland Metaxas' bzw. mit dem Spanien Francos: autoritären Regimes, deren Gewaltpotential aber auch Fähigkeit zur Massenmobilisierung von jenen Italiens und Deutschlands wohl tatsächlich qualitativ unterschieden war.

Zum Thema „Anschluß“ skizziert Botz zunächst die vielfältigen Varianten proletarisch sozialistischer bis großbürgerlich-finanzkapitalistischen Anschlußbestrebungen vor 1938, die ökonomische Dauerkrise des Kleinstaats Österreich und dann die unmittelbare Vorgeschichte des März 1938. Ein Vergleich von Schuschniggs geplanter Volksbefragung vom 13. März und dem Hitlerschen Anschlußplebiszit vom 10. April weist nach, daß auch das geplante Plebiszit vom 13. März keineswegs lupenrein demokratisch abgelaufen wäre.

Der Satz, „von einem formalrechtli-

chen Blickpunkt aus“, wäre das Hitlersche Plebiszit „von demokratisch rechtsstaatlichen Ansprüchen weniger weit abgewichen“ als Schuschniggs Volksbefragung, mutet aber einigermaßen weltfremd an, ebenso wie das formale Ernstnehmen der 99-Prozent-Ergebnisse dieses Plebiszits, das ja nach dem Zeugnis vieler unverdächtiger Zeitzeugen (z. B. AZ-Leserbriefe 15. April und 19. April 1988) durch einen flagranten Bruch des Wahlgeheimnisses gekennzeichnet war. Daß eine Gruppe ausländischer Journalisten auf einer vom Reichspropagandaministerium (!) organisierten Rundfahrt keinerlei Verletzung des Wahlgeheimnisses oder Indizien direkten Wahlschwindels bemerkte (S. 269), wäre in diesem Zusammenhang wohl nicht treuherzig zu referieren, sondern als Beispiel der leichten Täuschbarkeit ausländischer Beobachter zu betrachten, für die es ja auch aktuelle Beispiele gibt.

Der abschließende Abschnitt über politische Gewalt und industrielle Arbeitskämpfe in der Ersten und Zweiten Republik belegt für die Erste Republik die allgemein bekannte Tendenz einer prozyklischen Variation der Streikhäufigkeit und versucht ein empirisches Konfliktmodell für Österreich zu erstellen. Ein quantitativ ausgerichteter Artikel entwirft aber auch Szenarien „möglicher Gewalt“ im heutigen Österreich, die eine etwas eigenwillige Neigung des Autors für „Was wäre, wenn...“-Fragestellungen aufzeigen. (Z. B.: „Wie der Kärntner Minderheitenkonflikt hätte ausgehen könne“ – S. 348.) In solchen Punkten begibt sich der sonst so bemüht sachliche und ausgewogene argumentierende Autor ein wenig aufs Glatteis der Vermutungen, die nicht immer von der handfesten Alltagslogik abgestützt erscheinen. Denn daß einer Gewalteskalation der Kärntner Slowenen ihre geringe Zahl und dadurch Einschüchterbarkeit entgegengestanden wäre, oder daß man die „jubelnden Gesichter“ beim deutschen Ein-

marsch in Österreich allenfalls mit jenen im deutschsprachigen Sudetenland, jene im tschechischen Prag aber höchstens mit denen in Paris vergleichen kann – solche Trivialargumente finden bei dem sonst hochdifferenziert argumentierenden Gerhard Botz offenbar keine Berücksichtigung. So finden sich auch in dieser insgesamt hochachtbaren Publikation einige Punkte, die Kopfschütteln hervorrufen. In ähnlicher Weise würde man sich wünschen, daß Gerhard Botz in der Causa Waldheim von Anfang an

stärker die historische Gesamtkonstellation (mit einer kläglichen, aber fatalen Intrige als Auslöser) abgewogen und nicht die offenbar unerheblichste Person dieser tragischen Groteske wie viele „Linke“ zur Symbolfigur hochstilisiert hätte. Dem Auftrag der Leitgeschichte, *allen* Verdrängungen und Mythenbildungen entgegenzuarbeiten, wäre hier vielleicht durch etwas nuancierbare Stellungnahmen ein größerer Dienst erwiesen worden.

Robert Schediwy